

Inhalt

Danksagung	11
Einleitung	13
1 Errichtung der Diktatur	41
1.1 Entlassungen nach dem Berufsbeamtengesetz	41
1.1.1 Die Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes	41
1.1.2 Lokale Durchführung des Berufsbeamtengesetzes	43
1.1.3 Entlassung als „Halbjude“	48
1.1.4 Zwangspensionierung als „jüdisch-versippter“ Beamter. . .	50
1.2 Beschlagnahmung von Sportplätzen der Arbeiterbewegung	52
2 Umsetzung der Erb- und Rassengesetze	57
2.1 Sozialhygienische, eugenische und rassenhygienische Vorstellungen	57
2.2 Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“	58
2.3 Rassenpolitische Propaganda durch städtische Mitarbeiter	59
2.4 Das „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ .	62
2.5 Die Gründung des städtischen Gesundheitsamtes in Hannover ...	63
2.6 Die Abteilung Erb- und Rassenpflege im Gesundheitsamt	65
2.6.1 Mitwirkung bei Sterilisationen	66
2.6.1.1 Sterilisationsanträge durch den Amtsarzt	66
2.6.1.2 Ausmaß der Unfruchtbarmachungen	69
2.6.1.3 Analyse von Einzelfällen	71
2.6.2 Ehestandsdarlehen	77
2.6.3 Durchführung des Ehegesundheitsgesetzes	78
2.6.4 Eheberatung	85
2.6.5 Ehevermittlung	86
2.6.6 Untersuchungen für das „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“	87
2.6.7 Untersuchungen im Rahmen des „Blutschutzgesetzes“ ...	88
2.6.8 „Kampf gegen die Abtreibungsseuche“	89
2.6.9 Erfassung von Informationen in der Erbkartei	91
2.7 Handeln des Personals	94
2.7.1 Parteiloser Amtsarzt im Dienst der Erbpflege – Paul Seyffarth	94
2.7.2 Nationalsozialistischer Amtsarzt – Eduard Busse	97
2.7.3 Ein Mitwirkender wird Opfer – Gustav Günther	100
2.7.4 Kirchlich sozialisierte Stadtinspektorin – Friederike Rothig	101
2.7.5 Parteigenosse und „Kartei-Genosse“ – Friedrich Langschmidt	102

2.7.6	Erbarzt aus Leidenschaft – Rudolf Wilsch	102
2.7.7	Einheitliches Handeln der Mitarbeiterschaft	109

3	Verfolgung der Juden	123
3.1	Stadtverwaltung und Judenverfolgung 1933 bis 1945	123
3.1.1	1933 bis 1934: Diskriminierung und Ausgrenzung	123
3.1.1.1	Boykott und Berufsbeamtengesetz	123
3.1.1.2	Ausschreitungen	123
3.1.1.3	Radikalisierung durch die Ratsherren	124
3.1.1.4	Zutritt von Händlern zu Märkten	124
3.1.1.5	Ausschluss von der Auftragsvergabe	127
3.1.1.6	Kauf bei jüdischen Geschäftsleuten	129
3.1.1.7	Wahrung des Bankgeheimnisses gegenüber Juden	130
3.1.1.8	Auslöschung von Zeugnissen jüdischen Lebens im öffentlichen Raum	131
3.1.1.9	Ausschluss aus dem Vereinsleben	131
3.1.1.10	Grundsätze für die „zukünftige Judenbekämpfung“	136
3.1.2	1935 bis 1937: Ausgrenzung und Separierung	137
3.1.2.1	Pogrome	137
3.1.2.2	Erlass der Nürnberger Gesetze als zentrale Initiative	139
3.1.2.3	Verlagerung der Initiative auf die kommunale Ebene	139
3.1.2.4	„Arisierung“ von unten	140
3.1.2.5	Schleichende Separierung	141
3.1.3	Herbst 1937 bis 1938: Separierung und Gewalt	144
3.1.3.1	„Arisierungspolitik“ der zentralen Ebene	144
3.1.3.2	Erlass zentraler Diskriminierungsbestimmungen	146
3.1.3.3	Fortschreitende Separierung auf lokaler Ebene	147
3.1.3.4	„Erfassung“ von Juden	150
3.1.4	Herbst 1938 bis 1941: Die Politik der Zwangsgemeinschaft	151
3.1.4.1	Gewaltaktionen mit dem Ziel der Vertreibung	151
3.1.4.2	Vollständige Separierung	153
3.1.4.3	Ausschluss aus der Fürsorge	154
3.1.4.4	Trennung von Juden und Nichtjuden im Wohnbereich	157
3.1.4.5	Benachteiligung bei der Versorgung	157
3.1.4.6	Zwangsarbeit von Juden	158
3.1.4.7	„Arisierung“	159
3.1.5	Judenvernichtung	160
3.1.5.1	Deportationen aus Hannover	161

3.2	Die Edelmetallabgabe beim städtischen Leihamt	165
3.2.1	Vorbereitung des staatliches Raubes	165
3.2.2	Ankaufrichtlinien	166
3.2.3	Die Zwangsabgabe beim Leihamt Hannover	166
3.2.4	Dimension der Zwangsabgabe	169
3.2.5	Profiteure der Aktion	170
3.2.6	Exkurs: Verbleib des städtischen Ratssilbers	175
3.2.7	Erlöse aus der Aktion	176
3.2.8	Verfolgung kommunaler Interessen	176
3.2.9	Gesamtvolumen des Zwangsverkaufs	177
3.2.10	Die Rolle der Kommunen bei der Zwangsabgabe	178
3.3	„Arisierung“ von Grundeigentum	179
3.3.1	Ankauf von Juden – ein normales Kaufgeschäft?	179
3.3.1.1	Angemessenheit der Kaufpreise	180
3.3.1.2	Freie Verfügbarkeit der Kaufpreise	181
3.3.1.3	Verkauf unter politischem Druck	182
3.3.2	Gesamtvolumen der Ankäufe	182
3.3.3	Beispiele für Ankäufe von jüdischen Grundeigentümern ..	183
3.3.3.1	Ankauf kurz nach der Machtübertragung	183
3.3.3.2	Vertreibung ins Exil 1936	184
3.3.3.3	Ankauf nach Emigration 1936/1937	186
3.3.3.4	Zusammenarbeit von Verwaltung und Wirtschaft ..	187
3.3.3.5	Ankäufe für die „Altstadtgesundung“	193
3.3.3.6	Ankauf des Synagogengrundstücks nach der Pogromnacht	195
3.3.3.7	Die Stadtverwaltung als Nutznießerin der antijüdischen Wohnpolitik	197
3.3.3.8	Ankauf des Grundeigentums von deportierten Juden	200
3.3.3.9	Ankäufe von der RVJD	202
3.3.3.10	Nicht mehr realisierte Ankäufe	205
3.4	„Arisierung“ von Kunstgegenständen und Büchern	208
3.4.1	Ankauf von Kunstgegenständen	208
3.4.2	„Arisierung“ von Buchbeständen	210
3.4.3	Exkurs: Ankauf geraubter Bücher durch die Stadtbibliothek	213
3.5	Die „Aktion Lauterbacher“	216
3.5.1	Das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden	216
3.5.2	Städtische Umsetzung des Gesetzes	218
3.5.3	Planungen für ein Barackenlager	220
3.5.4	Vorbereitung der „Aktion Lauterbacher“	223
3.5.5	Durchführung der „Aktion Lauterbacher“	228
3.5.6	Beschwerden von Juden	229

3.5.7	Oberbürgermeister Haltenhoff – ein „Judenfreund“?	231
3.5.8	„Verwertung“ der Wohnungen und des Mobiliars	234
3.5.9	Die „Verwertung“ durch den Oberfinanzpräsidenten	241
3.5.10	Beteiligung städtischer Dienststellen	243
3.5.11	Antriebskräfte für die „Aktion Lauterbacher“	244
3.5.12	Radikalisierung zentraler Vorgaben	245
3.5.13	Vergleich mit anderen Städten	246
3.6	Exkurs: Bürgermeister Bönner und die Judenverfolgung im Rigaer Getto	248
4	Verfolgung der Sinti	277
4.1	Begrifflichkeiten: Zigeuner – Sinti – Roma	277
4.2	Kontinuitäten in der Diskriminierungspolitik	277
4.3	Verschärfung der Zigeunerverfolgung	279
4.4	Sterilisierungen auf Initiative der Gesundheitsbehörden	281
4.5	Vorbereitungen für eine zentrale Verfolgungspolitik ab 1936	284
4.6	„Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ – die „Asozialen-Aktion“ 1938	284
4.7	Abschiebung der hannoverschen Sinti ins Altwarmbüchener Moor 1938/39	285
4.8	Festsetzung – Deportation – Vernichtung: Zentrale Zigeunerpolitik ab Dezember 1938	289
4.9	Städtische Wohnungspolitik gegenüber den Sinti 1941 bis 1943	291
4.10	Die Kontinuität des Maßnahmenstaates nach Kriegsende	295
5	Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern	301
5.1	Das System der Zwangsarbeit in Hannover	301
5.2	Kriegsgefangenen-Einsatz bei der Stadtverwaltung	303
5.2.1	Kriegsgefangenen-Einsatz 1940 bis 1945	303
5.2.2	Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten nach Bombenangriffen	306
5.2.3	Stadtbourat Elkart als „Leiter der Sofortmaßnahmen“	309
5.3	Italienische Militärinternierte im Dienst der Stadtverwaltung	312
5.4	Zwangsarbeiter-Einsatz bei der Stadtverwaltung	314
5.5	Behandlung von Ausländern in städtischen Diensten	315
5.5.1	Erfassung und Ernährung	315
5.5.2	Entlausungen	320
5.5.3	Seuchenbekämpfung	325
5.5.4	Umgang mit Ausländern in städtischen Krankenhäusern	326
5.5.5	Klage über die Arbeitsleistungen von Ausländern	330
5.6	SS-Morde an Ausländern auf dem städtischen Friedhof Seelhorst	331

INHALT

6	Handlungsmöglichkeiten – vom Protest bis zur Übererfüllung	341
6.1	Protest – die Handelsoberlehrerin Helene Chappuzeau	341
6.2	Verweigerung – der Straßenbauarbeiter August Engel	342
6.3	Loyales Handeln trotz Distanz – Stadtkämmerer Weber und Stadtrat Müller	343
6.4	Dem Führer entgegen arbeiten – der Tarifangestellte Reinhard Burchardi.	345
6.5	Der weltanschauliche Kämpfer – Walter Kopp	348
	Resümee	355
	Anhang	365